

Aufbruch der Demokratie

Kaum hatten es sich die Monarchen wieder gemütlich gemacht auf ihren Thronen nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, den napoleonischen Kriegen, dem Wiener Kongress, begehrt das Volk im Deutschen Bund auf. Freiheit verlangt es, Gerechtigkeit fordert es, eine Nation will es sein. Über Jahrzehnte schwelte der Konflikt, bis er sich in der Märzrevolution 1848 entlädt. Die Monarchen haben keine Chance – und erlauben die Wahlen zur ersten deutschen Nationalversammlung. Am 18. Mai 1848 konstituiert sich das Parlament in der Paulskirche. Dieser Text ist ein Rundumschlag, der vieles nur anreißt, ja, auch unbeantwortet lässt. Bewusst. Denn von heute an beschäftigen wir uns jeden Mittwoch mit 1848 – mit seiner Vorgeschichte, seinem Ringen um den ersten deutschen Staat, mit den Folgen und unserem Hier und Jetzt. Der Auftakt einer Serie.

VON SIMONE WAGENHAUS

Revolution in Deutschland? Das wird nie etwas, wenn diese Deutschen einen Bahnhof stürmen wollen, kaufen die sich noch eine Bahnsteigkarte!“ Dieser Satz über die Deutschen wird in unterschiedlichsten Wortlaut, doch stets ohne Quellenangabe, meist Lenin zugeschrieben, manchmal aber auch Stalin. Von wem auch immer dieses Zitat stammt – der Gedanke darin ist falsch: Die wiedervereinigende von 1989, die republikanische von 1918, die demokratische von 1848 und nicht zu vergessen die reformatorische von 1517 sind Revolutionen ohne den Kauf einer Bahnsteigkarte. Sie zählen zu den Sternstunden in der Geschichte der Deutschen. Mehr noch: Sie sind allesamt Bewegungen, die Europa, ja, die Welt verändert haben.



Die demokratische zählt sich 2023 zum 175. Mal. Am 18. Mai 1848 konstituierte sich die Nationalversammlung in der Paulskirche. Frankfurt war mittendrin. Es stand im Zentrum, als die Demokratie in Deutschland im Aufbruch war. Viele Deutsche verfolgten die Debatten mit großer Aufmerksamkeit, manche versuchten, mit Flugschriften, Petitionen und Änderungsvorschlägen Einfluss auf die Parlamentarier zu nehmen. Demokratische Anfänge. Von unten.

Zum Tag des Jubiläums hin werden wir wöchentlich aufarbeiten, wie es überhaupt zur Revolution in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern kam. Dann natürlich, wie sich die Nationalversammlung konstituierte, was sie Großartiges vollbrachte und warum sie letztlich gescheitert ist. Dazu natürlich die Baugeschichte der Paulskirche samt Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die heutige Diskussion über künftige Nutzungen – für Kunst, Vereine, Ehrungen, für die Menschen. Dazu die unglaubliche Geschichte der Henriette Zobel und ihres Regenschirms... Und auch das wollen wir erzählen: Druckwerke beleuchten, dass die Revolution damals mit der neu gewonnenen Pressefreiheit auch ein Medienereignis war. Unsere Schwesterzeitung, das Höchster Kreisblatt, sei als Beispiel erwähnt. Es erschien erstmals am 17. September 1849.

Die Paulskirche war und ist auch Ort historischer Reden, feierlicher Zusammenkünfte und unerhörter Skandale. Interessant ist auch, wer nie dort war: Weder Kaiser Wilhelm II. noch Adolf Hitler statteten der Paulskirche je einen Besuch ab. Das hier tagende erste deutsche Parlament hat politische Traditionen begründet, die wohl weder dem Einen-Platz-an-der-Sonne-suchenden-Monarchen

noch dem nationalsozialistischen Diktator in ihre Ideologien passen wollten. Natürlich kommen auch Experten in Interviews und in Gastbeiträgen zu Wort. Ebenso wie Frankfurter, von denen wir wissen wollen, was sie sich eigentlich für den ehrwürdigen Bau und seine Geschichte und Gegenwart wünschen. Der Inhalt der Serie ist breitgefächert. Weil es sich lohnt, genau hinzuschauen auf die deutsche Nationalversammlung, die 1848/49 in Frankfurt getagt hat. Sie war eine Revolution. Eine Revolution, die durch die damalige Stadtgesellschaft ging, und weit darüber hinaus. Und: Sie hat Spuren hinterlassen bis in die heutige Zeit. Wenngleich sie nicht unumstritten ist. Zu Recht? Mitnichten.

„Die Paulskirche war ein Honoratiorenparlament.“ Das sagte Dominik Herold vom Verein „Mehr als wählen“ in der Pressekonferenz zum 175. Paulskirchenjubiläum. Auch in der Vergangenheit spottete man bereits über die Nationalversammlung: Die Herren hätten nichts anderes getan, als zu reden, zu reden, zu reden – ohne, dass etwas herausgekommen sei. Schließlich hat ihnen der preußische König Wilhelm IV. die ihm von einer Delegation des Parlaments Anfang April 1849 angediente Kaiserkrone über den kleindeutschen Staat buchstäblich vor die Füße geworfen. Verunreinigt mit dem „Ludergeruch der Revolution von 1848“ sei sie, „gebacken aus Dreck und Letten sei der imaginäre Reif“. „Ich sage es Ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meines Gleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt!“, so die Worte des Königs in einem Brief an Graf von Bunsen. So war es dann 22 Jahre später auch. Allerdings mit einem anderen preußischen König.

Dominik Herold meinte auch, man müsse sich doch damit befassen, wer damals gerade eben nicht gehört worden sei, und sprach explizit von Migranten. Das entspricht zwar dem heutigen Zeitgeist, spart aber viele, die in dieser Zeit eben auch nicht gehört worden sind, aus: Arbeiter, Bauern, Handwerker – nur zehn Abgeordnete (1,2 Prozent) wurden den unterbürgerlichen Schichten zugerechnet. Frauen waren erst gar nicht als Abgeordnete vertreten (was übrigens nicht unumstritten war), sie durften auch nicht wählen (das kam erst 1919). „Das Frankfurter Parlament war zu viel Universität und zu wenig politische Börse. Es ist kein getreues Abbild der damaligen sozialen Schichtung in Deutschland gewesen“, kritisierte schon Veit Valentin (1885–1947) in seiner „Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849“.

Doch darf man erwarten, dass ein Parlament, hervorgegangen aus allgemeinen, demokratischen Wahlen, die soziale Struktur der Wählerschaft spiegelt? Das wäre eine Utopie. Das zeigt sich auch mit einem Blick in die Zusammensetzung des 20. Bundestages: Von den 736 Mitgliedern sind 479 männlich, 257 weiblich, 39 Abgeordnete sind unter 30, 349 über 50 Jahre alt. Zwar gibt es Parlamentarier, die als Bestatter gearbeitet haben, als Lokomotivführer oder als Landwirte. Die Spitze bilden Juristen (109 Abgeordnete), gefolgt von Politikwissenschaftlern (34) und Lehrern (23).

Ja, die Nationalversammlung war ein Honoratiorenparlament. Aber nicht durch Wahlfälschung. Vielmehr setzte sich bei ihrer Wahl die damalige soziale Rangordnung durch. „Die bildungsbürgerlichen Honoratioren besaßen das unbestreitbare Übergewicht, offenbar aber auch das Vertrauen einer erstmals politisch mobilisierten Wählerschaft. Die Verdienste der Paulskirche sind dieser Mehrheit zu verdanken; die politischen Fehler gehen umgekehrt weithin auch auf ihr Konto. Lob und Kritik sind da reichlich möglich. Nur eins waren diese aktiven Bildungsbürger gewiss nicht: apolitische Exponenten geistesaristokratischer Innerlichkeit!“, schreibt Hans-Ulrich Wehler im zweiten Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“.

In der Paulskirche wurde viel geredet, ja, leidenschaftlich debattiert. Das geben die Niederschriften wieder. Allein das Protokoll der konstituierenden Sitzung. Herrlich. Es ging wild zu, ein großes Durcheinander herrschte. Eben weil dort keine



Deutschland und seine Revolutionen: 1517 schlug Martin Luther seine 95 Thesen an die Kirchentür, 1848 tagte erstmals ein demokratisches Parlament im Land, der Kieler Matrosenaufstand 1918 war der Anfang vom Ende der Monarchie und die Montagsdemonstrationen in Leipzig führten schließlich zur Wiedervereinigung. FOTOS: DPA

Politikprofis zusammenkamen. Auch das werden wir auszugsweise abdrucken. Doch das waren Geburtswehen des Anfangs, der historisch zauberhaft war. Schnell hatten die Herren parlamentarische Gepflogenheiten raus. Es wurde geredet, geredet, geredet. Es wurde leidenschaftlich debattiert. Zum Beispiel darüber, ob der neue Staat als Republik oder konstitutionelle Monarchie entstehen sollte. Oder über die kleine oder großdeutsche Lösung. Und natürlich über die Verfassung des künftigen Nationalstaates.

Im Norden Deutschlands herrschte derweil Krieg mit Dänemark, und die wiedererstarkten Monarchen in Wien und Berlin wollten die Erfolge der Revolution rückgängig machen. Dazu die fundamentalen politischen Gegensätze im Parlament selbst: hier die radikaldemokratische Linke, da die Republikaner, dort die Monarchisten. Es war keine einfache Aufgabe, das zarte Pflänzchen Demokratie zum Leben zu erwecken.

Nichtsdestotrotz beschließen die Abgeordneten im Dezember 1848 den Grundrechtskatalog und drei Monate danach die Verfassung – die weit mehr als eine Kompromisslösung ist. In deren Grundrechtskatalog hat die Nationalversammlung unter dem noch frischen Eindruck der vormärzlichen Verfolgung die unveräußer-

lichen Freiheitsrechte des Individuums wie die Unverletzlichkeit der Person, die Meinungs-, Glaubens- und Pressefreiheit oder die Vereinigungsfreiheit besonders klar formuliert und mit großer Rechtswirkung ausgestattet. Leider blieb es bei der Theorie. Erst Jahrzehnte später werden die „Grundrechte für das deutsche Volk“ Vorbild für die Weimarer Verfassung und noch später für das Grundgesetz.

Neben der Reichsverfassung, die die Paulskirchenversammlung hinterlassen hat, ist es die politische Praxis, die sie uns vererbt hat. Der Bamberger Prof. Ulrich Sieberer hat mit Michael Herrmann (Konstanz) parlamentarische Verhalten in der Frankfurter Nationalversammlung untersucht. Obwohl fast allen Parlamentariern Erfahrung in der politischen Praxis fehlte, unterschied sich ihre parlamentarische Arbeit kaum von der Arbeit heutiger Abgeordneter. Innerhalb von sechs Wochen etablierten die Abgeordneten schon Fraktionen, obwohl es zu diesem Zeitpunkt noch gar keine politischen Parteien gab. Diese finden ihre Wurzeln in den Revolutionsjahren: Konfessionelle, sozialistische und liberale Strömungen organisierten sich damals erstmals fester. Auch die Grünen sind ohne die Tradition der linksliberalen Freidenker kaum denkbar. Zudem installier-

ten die Parlamentarier eine provisorische Zentralregierung, die vom Vertrauen des Parlaments abhängig war. Bis heute gehört es zum Wesen der Demokratie in Deutschland, dass die Regierung das Vertrauen des Parlaments braucht.

Und da ist noch etwas, was die Paulskirchenversammlung und vor allem ihre Vorkämpfer uns hinterlassen haben: die Idee von einer Nation in Einheit und Freiheit. Diese wurde zwar mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 und der Weimarer Republik 1918 schon geübt. Ebenso bei der Gründung der Bundesrepublik – doch da fehlte die andere Hälfte der Nation. Im Grunde genommen wurde sie erst 141 Jahre später – nach der wiedervereinigenden Revolution – tatsächlich Realität. Die Parolen der DDR-Bürger von 1989 haben übrigens die Forderungen von 1848 wieder aufgegriffen. Sei es Versammlungs- und Pressefreiheit oder der Slogan „Wir sind das Volk, nicht ihr, die ihr immer behauptet, für uns zu handeln“.

Einheit und Freiheit haben wir heute, und wir leben in einer Demokratie. So weit, so gut? Mitnichten. Die Demokratie ist derzeit unter stärkerem Druck als je zuvor in der modernen Geschichte. Wir hatten sehr lange Frieden in Europa. Die Kriege auf dem Balkan haben uns Deutsche lange

nicht so angefasst wie der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Weil wir plötzlich selbst betroffen sind. Strom sollen wir sparen, duschen sollen wir kürzer, am Ende gar im wohligen Wohnzimmer frieren ... Und dann müssen wir auch noch Flüchtlinge aufnehmen. Schon wieder. Das nagt natürlich an der Wohlstandsgesellschaft. Ja. Nichts anderes sind wir. Wir bemitleiden uns selbst. Warum? Weil es uns in den vergangenen 75 Jahren offenbar zu gut ging, weil unser Geist im Wohlstand verwahrlost ist.

Die Zweifel an Demokratie, an Freiheit und sozialer Marktwirtschaft nehmen bei vielen zu. Geradezu erschreckend ist es, wie viele das Vertrauen in die Lösungskompetenz des Staates allein in den vergangenen zweieinhalb Pandemie-Jahren verloren haben. Daran trägt auch die Politik auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene Schuld. Doch nicht alleine.

Eine Minderheit in diesem Land fühlt sich bei jeder noch so sinnvollen politischen Verordnung in der Corona-Pandemie ihrer Freiheit beraubt. Diese Minderheit schreit jeden Samstag in Frankfurt und andernorts ihre hässlichen Parolen heraus. Dazu Menschen, die zwar in diesem Land leben, von jeher oder zugezogen sind, sich aber nicht interessieren für soziales Verhalten und Teilhabe an der Gesellschaft. Hinzu kommen Anhänger von AfD und anderer rechts- und linksextremistischer Ideologien. Auch wer meint, er müsse aus Protest derartige Gruppierungen wählen, hat nichts aus der Geschichte, aus dem Kampf um Freiheit, Grundrechte, Demokratie gelernt. Diese Minderheiten sind Gegner, ja Feinde unserer Demokratie, unseres Zusammenlebens heute. Wer mit ihnen aus Unzufriedenheit flirtet, macht sich mit ihnen gemein.

Doch Demokratie hält das aus. Sie ist nach wie vor die klügste Staatsform, die es gibt. Das müssen die Menschen nur erkennen. Sie gibt auch ihren Gegnern Raum. Von Links wie von Rechts – und auch aus der vermeintlichen Mitte heraus. Damit müssen wir nach wie vor lernen umzugehen. Sie zu ignorieren, ist jedenfalls kein Mittel – oder doch? Auch das wird diese Serie, die am 17. Mai, zumindest in ihrem wöchentlichen Erscheinen in einer Themenausgabe münden wird, zu beantworten versuchen.

Die Nationalversammlung mit ihren zentralen Zielen ist letztlich gescheitert. Es gab weder Einheit noch Freiheit noch soziale Gerechtigkeit. Es war zwar bekannt, dass mit Beginn der Industrialisierung große Teile der Bevölkerung, vor allem Handwerker, deren Arbeit nun Maschinen übernahmen, in Armut fielen. In der Paulskirche wurde auch darüber diskutiert. Doch in der Verfassung blieb allein der Paragraph 157 übrig: „Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.“ Eine soziale Verpflichtung des Eigentums oder einen Anspruch auf soziale Sicherheit sucht man vergebens. Es lag wohl auch am fehlenden Mut des liberalen Bürgertums, sich mit den unteren Schichten zu verbinden.

Dass es ausgerechnet im Deutschen Kaiserreich unter Reichskanzler Otto von Bismarck zu einer Sozialgesetzgebung kam, mag erstaunlich klingen, war letztlich aber nur konsequent. Schließlich hat auch die Arbeiterbewegung ihre Wurzeln in Deutschlands demokratischer Revolution. Heute verpflichtet das Sozialstaatsprinzip den Staat dazu, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen. So viel zur Theorie. Die Kluft zwischen Armen und schon der Mittelschicht wächst zusehends weiter. Und es wird auch nicht besser. Die Inflation, steigende Energiepreise bedrohen bereits die Mittelschicht. Die Armen haben noch weniger Chancen. Auch das bedroht unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und unsere Freiheit.

Vor 25 Jahren gab es zum 150. Jubiläum des Paulskirchenparlaments eine große Ausstellung, entwickelt vom Deutschen Historischen Museum unter der Kuratorin des Historiker-Doyens Lothar Gall, in der Schirn. Ausgehend von einem kurzen Blick auf die Französische Revolution als „Mutter aller Revolutionen“ wurden die in Europa aufkommenden sozialen Spannungen, das Aufbe-

gehren der Revolutionäre, die Niederlage im Kampf um Demokratie und die Nachwirkungen bis 1998 aufgezeigt. Mit knapp 700 Exponaten – von einer Guillotine über Grundrechtsforderungen in jedweder Form bis hin zu Kunstwerken von Zeitzeugen und heutigen Künstlern – sollten die Ideen des europäischen Aufbruchs zu einer neuen Ordnung weniger über Texte, sondern über Kunstwerke, Fotos, Film- und Tonaufnahmen vermittelt werden. Knapp 120 000 Menschen kamen über den sogenannten Freiheitssteg in die Schau in der Schirn. Wie nie zuvor wurde die Revolution von 1848/49 als ein europäisches Ereignis, als gemeinsame Geschichte begriffen.

Die Feierlichkeiten zum 175. Jubiläum vom 18. bis 23. Mai 2023 sollen ein Fest der Demokratie werden, das die gebrochene demokratische Tradition mit der Gegenwart verbindet. Im Institut für Stadtgeschichte ist bereits seit diesem Montag die Ausstellung „Auf die Barrikaden! Paulskirchenparlament und Revolution 1848/49 in Frankfurt“ zu sehen. Außerdem wird ein umfangreiches Vortragsprogramm zur Schau angeboten, das ausgewählte Einzelaspekte vertieft, Abgeordnete und Debatten beleuchtet und den Blick auf die überregionale und nationale Ebene weitet. Und auch eine fünfteilige Pod-

„In der Paulskirche machen wir zwar die Geschichte nicht; wir sind aber verantwortlich dafür, dass sie sich gut mache.“

Jodocus Temme, Politiker, Jurist und Abgeordneter der Nationalversammlung, am 23. Mai 1849

castreihe zur Paulskirche und Nationalversammlung 1848/49 geht noch im September an den Start.

Längst ist die Paulskirche zu einer „Ikone der Demokratie greift“, wie Professor Christoph Cornelißen in einem Beitrag für die Friedrich-Ebert-Stiftung in „Demokratie erlebbar machen – aber wie?“ schreibt. Doch wie wird man dieser Ikone, dieser Wiege der Demokratie in Deutschland gerecht? Wie erzählt man Geschichten und Geschichte zeitgemäß, verständlich und holt die Menschen damit ab? Damit beschäftigt sich derzeit eine Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Paulskirche. Entstehen soll ein nationaler Erinnerungs-, Gedenk- und Lernort. Bis Ende Januar, Anfang Februar 2023 soll ein Umsetzungsvorschlag vorliegen. Zukunftsmusik.

Zunächst wird das Jubiläum gefeiert. Erst dann soll die Sanierung des Gebäudes beginnen, außerdem ein „Haus der Demokratie“ entstehen. Was offensichtlich auch nötig ist: „Viele Menschen glauben, dass die Demokratie erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland gekommen ist“, sagte der Historiker Bernd Faulenbach in einer Ausschusssitzung des Bundestages zum Thema im Mai 2021.

Der damalige Bundespräsident Roman Herzog sagte beim Festakt zum 150. Jubiläum der Nationalversammlung in der Paulskirche, dass Demokratie gewiss zuerst eine Sache der Vernunft sei – aber sie sei auch eine Sache des Herzens. Das wichtigste Erbe von 1848 sei der Wille zu Freiheit, Demokratie und politischer Mitverantwortung. Dieser beständige Wille sei durch nichts zu ersetzen. Und er betonte: „Noch die beste Verfassung bleibt bloßes Papier, wenn die Menschen nicht zur politischen Mitgestaltung bereit sind, und ich füge hinzu: Wenn die Bürger nicht mehr davon überzeugt sind, auch tatsächlich in der Pflicht zu stehen. Die geistige Heimat von Demokraten ist die demokratische Freiheit. Aber der Effekt dieser Freiheit verpufft, wenn der Bürger nichts mehr aus ihr macht, was ihn selbst voranbringt und womit er vor allem auch dem Mitbürger und damit der Gemeinschaft nützt.“ Daran hat sich nichts geändert. Doch es scheint, als brauche Deutschland wieder eine Revolution. Von denen, die gerne in diesem Land leben, die ihre Freiheit schätzen, die wissen, dass es keine bessere Staatsform als die Herrschaft des Volkes gibt. Lassen wir Vernunft sprechen. Hören wir auf unser Herz. Wagen wir einen neuen Aufbruch der Demokratie!

Zweiter Teil

In der Folge 2 beschäftigen wir uns am nächsten Mittwoch mit dem Aufbegehren des Volkes im Vormärz und wie es dazu kam.